

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend sofortige Abschaffung der Kindergartengebühren

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine Gesetzesnovelle zum Oö. Kinderbetreuungsgesetz zur vorbehaltlosen Rücknahme der Kindergartengebühren in Oberösterreich zu erarbeiten und dem Oö. Landtag bis zur nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Im Wege des Budgetbegleitgesetzes wurden in Oberösterreich in Speed-Kills-Manier mitten im Kindergartenjahr unsoziale und undurchdachte Kindergartengebühren mit ÖVP-FPÖ-Mehrheit im Landtag beschlossen. Die betroffenen Familien, Kinder, KindergartenpädagogInnen, Kindergartenbetreiber und Gemeinden wurden dabei vor vollendete Tatsachen gesetzt.

Die Wirkungen dieser ideologisch verbrämten Kindergartengebühr, die nicht zu Unrecht als Kindergarten-Strafsteuer bezeichnet wird, sind dramatisch: Gemeinden verzeichnen bis zu 50% – teilweise sogar noch mehr – an Abmeldungen. Kindergartengruppen müssen zusammengelegt werden, einzelne Gemeinden können die Nachmittagsbetreuung gar nicht mehr aufrecht halten. Die wertvolle Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht dadurch verloren.

Aus gegebenem Anlass wird darauf hingewiesen, dass der Kindergarten auch bisher – in der elternbeitragsfreien Variante – monatliche Kosten von etwa 100 Euro durch Essensbeiträge, Kindergartenbus und Bastelbeiträge verursacht hat. Oftmals formulierte Ängste vor einer „Gratismentalität“ waren daher unbegründet. Tatsache ist vielmehr, dass nun gerade berufstätige Eltern, die mit ihren Steuerbeiträgen die Kindergärten finanzieren, ein zweites Mal zur Kasse gebeten werden.

Darüber hinaus wurde das Beitragssystem derart unflexibel gestaltet, dass selbst für kurzzeitige Nachmittagsbetreuung oft Höchstbeträge zu bezahlen sind. Als Reaktion melden viele Eltern ihre Kinder ab. Der damit verbundene soziale, pädagogische und integrative Verlust kann finanziell gar nicht beziffert werden. Die verursachten sozialen Folgekosten drohen jedoch ein Vielfaches der politisch kurzsichtigen Kindergartengebühr auszumachen.

Linz, am 21. Februar 2018

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Müllner, Rippl, Peutlberger-Naderer, Makor, Punkenhofer, Schaller, Weichsler-Hauer,
Promberger, Binder, Bauer, Krenn**